

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostka.

Wilsdruff-Dresden  
Postfach: Dresden 2040  
Telegraphisch: „Wilsdruff“  
Telefonisch: „Wilsdruff“

Nr. 258. — 83. Jahrgang

Telegraphisch: „Wilsdruff“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2040

Dienstag, 4. November 1924

## Preis- und Lohngestaltung.

Von volkswirtschaftlicher Seite wird uns geschrieben: Auch die Bergarbeiter mehren, wie soeben aus dem Ruhrgebiet mitgeteilt wird, Lohnforderungen an, die der Steigerung der Lebenshaltungskosten einigermaßen entsprechen sollen. Nun weist der soeben veröffentlichte Reichsindex für die Gesamtlebenshaltungskosten, also für Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung für die letzte Oktoberwoche zwar keine Steigerung auf, gegenüber dem Durchschnitt des Monats September ist aber die Indexziffer um 5,2 % gestiegen. Er beträgt jetzt das 1,22fache des Jahres 1913. Dieser Index ist aber nicht entscheidend für die eigentlichen Preise, die der Konsument zu zahlen hat, vielmehr gibt davon ein anschaulicheres Bild z. B. der Berliner Kleinhandelsindex, der für sämtliche Lebensmittel zusammen 151,8 % betrug, während der Gesamtindex der Lebenshaltungskosten 146,0 % ist. Für diese Großstadt, und damit wohl auch für viele andere, namentlich im Ruhrgebiet, ist also dieser Index ganz beträchtlich höher als der Reichsindex, der ja eine Reihe von Groß-, Mittel- und Kleinstädten erfasst.

Aus diesem Grunde ergibt dieser Index kein richtiges Bild, wie stark die Preise gerade in den großen Konsumzentren angezogen haben und, da die Löhne nicht im gleichen Betrag gestiegen sind, werden dort Lohnforderungen begreiflich, weil die Arbeiterschaft naturgemäß durch das Steigen der Preise in der Kaufkraft der Löhne Einbuße erleidet. Aus diesem Grunde die starke Reizung zum Streik. Man will nicht einmal so sehr Lohnforderungen, als Senkung der Preise, um die Kaufkraft der Löhne zu erhalten. Die vor zwei Monaten erfolgte Herabsetzung der Kohlenpreise und der Gütertarife sollte eine Preislenkung herbeiführen, hat dieses Ziel aber nicht erreicht, vielmehr ist die umgekehrte Entwicklung eingetreten. Dazu kommt ein starkes Misstrauen, das sich in weiten Kreisen der Konsumentenschaft den Feststellungen der statistischen Ämter gegenüber geltend macht, weil man sich dort einfach an die Tatsache nicht unbeträchtlicher Preissteigerungen hält.

Seitens der Arbeiterschaft wird nun, genau wie vor einem Jahre, darauf hingewiesen, daß man an Lohnherabsetzungen jetzt aus dem Grunde nicht herangehen soll, weil wir unmittelbar vor einer Umstellung unserer Währung stehen, von der Rentenmark zur Goldmark. Es heißt, die Kaufkraft der neuen Währung von vornherein erschüttern, wenn man der Preissteigerung, also dem Sinken der Kaufkraft, nachgeben würde. Wenn man jetzt für eine Rentenmark weniger kaufen könne als noch vor Monaten, so würde man diese ungünstige Entwicklung gleich auch auf die neue Goldmark übertragen und damit einen späteren Preisabbau noch mehr erschweren. Es muß ohne weiteres als ein freilich recht erzwungenes Verdienst der deutschen Arbeiterschaft bezeichnet werden, daß man sich vor einem Jahr dieser Begründung gefügt hat. Wenn es aber jetzt gelingen sollte, unter der Befruchtung unserer Wirtschaft durch ausländische Kredite neues Leben in die industriellen Ruinen zu bringen, so wird — das ist eine alte Erfahrung im Kampf zwischen Kapital und Arbeit — die Arbeiterschaft die Gelegenheit zum Streik gern ausnützen wollen, die vor einem Jahr bei dem tatsächlichen Zusammenbruch unserer Wirtschaft und den darauf folgenden gewaltigen Arbeiterentlassungen nicht vorhanden war.

Genau aber wie vor einem Jahr die Einführung der Rentenmark zu einer Befestigung des Wirtschaftslivens, zu einer Bilanzanstellung des Soll und Haben in ihr und damit zu einer endlich vernünftigen Kalkulation geführt hat, ver eine Preisherabsetzung unmittelbar folgte, so kann der Versuch, die Übergangszeit zu einer neuen Währung zu einer teilweise unberechtigten Beeinflussung der Preisgestaltung zu benutzen, zu schweren Folgen auf dem Binnenmarkt führen, vom Auslandsmarkt noch ganz und gar abgesehen. Vielfach ist von der Produktion, und zwar vom Urproduzenten bis zum Kleinhändler herab, zu Preisen verkauft worden, die ganz beträchtlich unter den Herstellungskosten standen und die infolgedessen teilweise zu schweren Verlusten führten, und zwar an Vermögenssubstanz ebenso wie an Betriebskapital.

Zweifelslos ist die jetzige Preissteigerung, vor allem auf dem Lebensmittelmarkt, eine Reaktion gegen diese Verlustwirtschaft, geht aber in unbedeutendem Egoismus über das zulässige Maß hinaus und — schadet sich dadurch selbst, weil die an und für sich schon nicht sehr starke Kaufkraft des Binnenmarktes dann ganz verfliegt. Das ist volkswirtschaftlich aber von verhängnisvoller Wirkung, weil die Grundlage eines wirtschaftlich unabhängigen Ausfuhrhandels ein leistungsfähiger Binnenmarkt ist; denn eine Wirtschaft, die nicht die Überschüsse über den Binnenbedarf hinaus ausführt, sondern wegen Mangels an Binnenabzug nur das Auslandsgeschäft im Auge hat, führt zu einer Auszehrung in der deutschen Wirtschaft, wovon wir ja in den vergangenen Jahren abschreckende Beispiele genug gehabt haben.

## Ueber die deutsch-französischen Handelsbeziehungen.

### Eine Rede des französischen Handelsministers.

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Paris, 3. November. Der Handelsminister erklärte gestern auf einem Bankett des Nationalausschusses der Räte für den Außenhandel zur Wiederaufnahme der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen. Die Wiederherstellung friedlicher wirtschaftlicher und industrieller Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland muß durch eine gerechte Ausgleichung der gegenseitigen Zugeständnisse vor sich gehen, sowie durch eine gleiche Bereitwilligkeit der beiderseitigen Industrien, die sich mehr ergänzen als miteinander konkurrieren, parallel zu entwickeln. Das wird die Richtschnur sein, die wir bei der Wiederaufnahme der Besprechungen am 5. November befolgen wollen. Niemand vor uns denkt daran, den Versuch mit einem langfristigen Vertrag zu wagen, solange nicht beide Regierungen ihre Tarife völlig neu festgelegt haben. Auf beiden Seiten besteht der Wunsch, das so schnell wie möglich zu tun.

### Ein deutscher General in Vorbach verhaftet.

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Paris, 3. November. „Petit Parisien“ meldet aus Vorbach: Die Geheimpolizei hat den deutschen General v. Nathusius verhaftet, der anlässlich des Allerheiligen Festes nach Frankreich gekommen war, um das Grab seines 1919 verstorbenen und auf dem hiesigen Friedhof beigesetzten Schwiegerjohnes zu besuchen. Der General war von einem französischen Kriegogericht in Abwesenheit wegen Entwendung von Möbeln zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der General, der nichts von diesem Urteil wusste, hat gegen seine Verhaftung protestiert und sofort Berufung eingelegt.

### Die italienisch-jugoslawischen Wirtschaftsverhandlungen gescheitert.

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
London, 3. November. „Morningpost“ meldet aus Venedig, daß die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Jugoslawien und Italien an der Haltung Italiens gescheitert sind. Die jugoslawische Delegation wird in den nächsten Tagen Venedig verlassen.

### Um die Landtagsauflösung in Sachsen.

Der Landtag tritt Sonnabend den 8. November mittags 1 Uhr zusammen. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Beratung über eine Vorlage wegen Aenderung des Landtagswahlgesetzes; 2. Beratung über die Anträge wegen Auflösung des Landtages; 3. Beratung über den Misstrauensantrag gegen das Kabinett Heßl.

Aus dem zweiten Punkte der Tagesordnung ersieht man, daß von mehreren Seiten der Antrag auf Auflösung des Landtages gestellt worden ist, und zwar von den Deutschnationalen, der sozialdemokratischen Fraktionsminderheit und den Kommunisten. Der Antrag der Deutschnationalen geht dahin, den Landtag aufzulösen und die Neuwahlen mit amtlichem Stimmzettel am 7. Dezember gleichzeitig mit den Reichstagswahlen durchzuführen. Wie schon früher erwähnt, ist eine Verfassungsänderung nötig, wenn die Landtagswahlen gleichfalls am 7. Dezember vorgenommen werden sollen. Die Regierung wird noch im Laufe dieser Woche eine entsprechende Vorlage herübergeben, mit der sich am nächsten Freitag alle Fraktionen beschäftigen werden, so daß am Sonnabend deren sofortige Schlussberatung stattfinden und der Landtag am Sonnabend noch aufgelöst werden kann.

Der Landtag sollte ursprünglich morgen Dienstag zusammen treten. Die weitere Hinausschiebung des Wiederzusammentritts hat verschiedene Gründe. Die Sitzung des Berliner Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei ist nochmals, und zwar nunmehr auf den heutigen Montag, verschoben worden. Infolgedessen hat nun auch die sächsische sozialdemokratische Landtagsfraktion ihre Fraktionsitzung, die die Entscheidung über die Haltung der Fraktion zur Frage der Auflösung bringen soll, auf Mittwoch verlegt. Obwohl die Sachlage immer noch rechtlich unklar ist, rechnet man doch auch in Regierungskreisen nunmehr sicher mit der Landtagsauflösung, was auch aus der angekündigten Vorlage auf Aenderung des Wahlgesetzes hervorgeht.

Der kommunistische Misstrauensantrag richtet sich gegen das Kabinett Heßl. Er würde sich erübrigen, wenn vorher die Landtagsauflösungsanträge angenommen werden. Sollte sich jedoch wider Erwarten eine Mehrheit gegen die Landtagsauflösung zusammenfinden, dann würde natürlich auch keine Mehrheit für den Misstrauensantrag zustandekommen.

Die Entscheidung über die Landtagsauflösung liegt sehr nicht mehr in der sozialdemokratischen Fraktion, sondern in der der Deutschen Volkspartei. Die drei Parteien, von denen Auf-

### Die Zusammenfassung des englischen Parlaments.

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
London, 3. November. Der gegenwärtige Stand der Parteien im Parlament wird von den einzelnen Blättern verschieden angegeben. Die „Morningpost“ bringt folgende Aufstellung: Konservative 411, dazu 8 Konstitutionelle, Sozialisten 146, Liberale 38, Unabhängige 1, Kommunisten 1. Eine endgültige Zusammenfassung wird kaum vor dem Zusammentritt des Parlaments erfolgen.

London, 3. November. Nach der „Morningpost“ haben die Wahlen die unmittelbare Gefahr eines Bürgerkrieges an der nordirischen Grenze abgelenkt. Die irische Grenzkommission wird demnächst ihre Arbeiten wieder aufnehmen.

### Die Aufnahme von Auslandskrediten.

Eine Verordnung des Reichspräsidenten.

Berlin, 2. November.  
Bei einer hier kürzlich abgehaltenen Besprechung der Völkervertreter befand Übereinstimmung darüber, daß der nunmehr in größerem Umfang eröffnete ausländische Anleihemarkt produktiven Zwecken zugänglich zu machen werden muß. Da nun zahlreiche Kreditverhandlungen von öffentlichen Verbänden, besonders Gemeinden, bereits im Gange sind und unzureichende Abschlüsse nach Auffassung der Reichsregierung und der Reichsbank eine ernste Gefahr für Wahrung und Wirtschaft im Gefolge haben können, hat der Reichspräsident nachfolgende Verordnung erlassen:

§ 1. Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände bedürfen zur rechtmäßigen Aufnahme von Krediten im Auslande oder zur rechtmäßigen Begebung von Anleihen im Auslande der Zustimmung des Reichsministers der Finanzen. Das gleiche gilt, wenn Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände für einen im Auslande aufzunehmenden Kredit Bürgschaft übernehmen oder Sicherheiten stellen, für die Rechtmäßigkeit der Bürgschaftsübernahme und Sicherstellungsleistung.

§ 2. Der Reichsminister der Finanzen kann seine Zustimmung nur versagen, wenn der Reichsrat der Ablehnung zustimmt.

§ 3. Der Reichsminister der Finanzen kann mit Zustimmung des Reichsrats Durchführungsbestimmungen zu dieser Verordnung erlassen.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft. Sie tritt am 31. Januar 1925 außer Kraft.

Auflösungsanträge vorliegen — Deutschnationale 19, sozialdemokratische Fraktionsminderheit 17, Kommunisten 10 — haben zusammen 46 Stimmen. Sie haben also noch nicht die nötige Mehrheit und brauchen für den Fall, daß die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit gegen die Auflösung stimmt, noch Stimmen aus der Fraktion der Deutschen Volkspartei. Diese Fraktion hat bisher noch nichts über ihre Stellungnahme zu der Frage der Auflösung, wenigstens nicht fraktionsamtlich, verlauten lassen. Von gutunterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß in gewissen Kreisen der Volkspartei die Auflösung sehr dringlich gefordert wird, während die Kreise um die beiden Koalitionsminister erst die Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion am kommenden Mittwoch abwarten wollen.

### Ungarische Note an Deutschland.

Es bleibt bei der Nichtauslieferung von Schulz

Berlin, 1. November.

Die ungarische Regierung hat der deutschen Gesandtschaft in Budapest die Antwort auf die letzte Note der deutschen Regierung in der Affäre des Erzbergermörders Schulz überreicht. Die ungarische Regierung bleibt bei der ursprünglichen Auffassung, daß die Auslieferung nicht erfolgen könne, weil zwischen Ungarn und Deutschland keine Gegenseitigkeit hinsichtlich der Auslieferung politischer Verbrecher bestehe. Schulz sei aber zweifellos ein politischer Verbrecher. Die deutsche Regierung habe auch Czerny, den Mörder des Grafen Tisza, nicht ausgeliefert. Die ungarische Regierung erklärt sich jedoch bereit, über die Schaffung eines Vertrages zur gegenseitigen Rechtshilfe mit der deutschen Regierung in Verhandlungen einzutreten. Eine Bestimmung des geplanten Vertrages soll sein, daß in Zukunft ein Mord unter keinen Umständen als politisches Verbrechen angesehen werden soll.

### Militärputsch in Brasilien.

Die Südstaaten im Aufstand.

In Brasilien sind auf neue militärische Unruhen ausgebrochen. Im Staate Rio Grande do Sul kam es zu einer Meuterei einer Garnison, im Innern, nahe der Grenze Argentiniens, sind die staatlichen und militärischen Behörden gestrichelt. Die Aufständischen legten